



Niederschrift 28. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 20.09.2011
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:05 Uhr
Ort, Raum:	Geriatrische Tagespflege "Herbstsonne", Anni-von-Gottberg-Str. 9, 14480 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	Sitzungsleitung
-------------------	-----------	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE	anwesend ab 18:10 Uhr
Frau Maïke Dencker	CDU/ANW	
Frau Dr. Brigitte Lotz	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Jutta Busch	BürgerBündnis	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Dr. Ralf Otto	SPD	
Herr Wolfgang Cornelius	Potsdamer Demokraten	i.V. für Fraktion FDP

sachkundige Einwohner

Frau Angela Basekow	SPD	
Herr Ronny Besancon	DIE LINKE	
Herr Wolfgang Günther	SPD	
Herr Jörg Jutzi	DIE LINKE	
Herr Björn Karl	FDP	
Frau Julia Laabs	Die Andere	anwesend ab 18:10 Uhr
Herr Jan-Peter Schmarje	Behindertenbeirat	

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Soziales, Jugend, Gesundheit
---------------------------------	--

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Solveig Sudhoff	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Klara Geywitz	SPD	entschuldigt
Frau Heike Judacz	SPD	entschuldigt
Frau Christina Wolf	SPD	entschuldigt
Frau Franziska Schneider	FDP	entschuldigt
Frau Anke Lehmann	Die Andere	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Maria von Pawelsz-Wolf	CDU/ANW	entschuldigt
Herr Uwe Fröhlich	Grüne/B90	entschuldigt
Frau Thi Minh Lien Ngo	Migrantenbeirat	entschuldigt
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat	entschuldigt

Gäste:

Herr Holzhauer	LAFIM
Frau Kerstin Sawall	LAFIM
Herr Karsten Häschel	Beauftragter für Menschen mit Behinderung
Frau Magdolna Grasnick	Beauftragte für Migration und Integration
Frau Anke Latacz-Blume	FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
Herr Jörg Bindheim	Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Vorstellung der Geriatrischen Tagespflegeeinrichtung "Herbstsonne" des LAFIM
- 2 Eröffnung der Sitzung

- 2.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.06.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Informationen der Verwaltung
- 4 Berichte aus den Beiräten
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Koordinierungsstelle für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen
Vorlage: 11/SVV/0404
Fraktion SPD
- 5.2 Vergabe von Grundstücken
Vorlage: 11/SVV/0426
Fraktion DIE LINKE
mit Änderungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen
- 5.3 Tätigkeitsbericht der kommunalen Stiftung "Stiftung Altenhilfe Potsdam" für das Jahr 2010
Vorlage: 11/SVV/0591
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 5.4 Einsatzstellen zur Realisierung des Bundesprogramms Bürgerarbeit sowie Bereitstellung finanzieller Mittel zur Finanzierung einer Trägersaufwandspauschale
Vorlage: 11/SVV/0606
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 5.5 Sitzungskalender 2012
Vorlage: 11/SVV/0571
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV
- 6 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

Nicht öffentlicher Teil

- 7 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.06.2011

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Vorstellung der Geriatrischen Tagespflegeeinrichtung "Herbstsonne" des LAFIM**

Herr Holzhauer (LAFIM) stellt die LAFIM AG vor und weist darauf hin, dass die Tagespflegeeinrichtung „Herbstsonne“ 2007 als zweite Tagespflegeeinrichtung der LAFIMmobil gGmbH eröffnet wurde.

Frau Sawall (LAFIM) ergänzt, dass die Einrichtung über 20 bewilligte Tagespflegeplätze verfügt. Die Tagesgäste werden montags bis freitags von 7:30 – 16:00 Uhr in der Einrichtung von Pflegefachkräften betreut. Die Beförderung der Tagesgäste erfolgt durch einen Fahrdienst.

Ziel der Einrichtung ist es, den alten und pflegebedürftigen Menschen eine Betreuungsform zu bieten, die ihnen Sicherheit und Geborgenheit bietet und das Weiterleben in der eigenen Wohnung ermöglicht.

Frau Dencker bittet um Informationen zur Struktur.

Herr Holzhauer erklärt, dass die Zahl der Pflegefachkräfte gerade so ausreichend sind, was bei Ausfällen problematisch wird. Es erfolgt aber auch eine Aus- und Fortbildung von Fachkräften.

Frau Dr. Lotz fragt, ob die Tagesgäste vorwiegend aus dem Wohngebiet kommen.

Daraufhin erklärt Frau Sawall, dass die Tagesgäste aus den Wohngebieten Kirchsteigfeld, Stern, Zentrum Ort, aber auch Potsdam West kommen.

Des Weiteren fragt Frau Dr. Lotz, ob es sich um ältere Menschen handelt, die im eigenen Haushalt leben.

Frau Sawall informiert, dass die Betreuung in der Tagespflegeeinrichtung oft in Kombination mit Hauskrankenpflege oder Pflege durch Angehörige erfolgt. Auf die Nachfrage von Frau Dr. Lotz, ob im Notfall auch eine schnelle Unterbringung in einer anderen Einrichtung möglich ist, antwortet Frau Sawall, dass dies möglich ist und immer im engen Kontakt mit den Angehörigen erfolgt.

Herr Cornelius spricht sich lobend über die räumliche Situation der Einrichtung aus und fragt, ob sich die Gäste den ganzen Tag in der Einrichtung aufhalten.

Herr Holzhauer erklärt, dass jeder Gast in Abstimmung mit den Angehörigen festlegt, wie oft und wie lange er sich in der Einrichtung aufhalten möchte.

Frau Schulze weist auf die gute Zusammenarbeit des Hauses mit anderen Einrichtungen im Wohngebiet hin.

Frau Dencker fragt nach dem Personalschlüssel für 12 Tagesgäste und 8 an Demenz erkrankten Personen.

Dazu informiert Herr Holzhauer, dass jede der beiden Gruppen durchgehend von einer Pflegefachkraft mit Unterstützung von Hilfskräften betreut wird.

zu 2 **Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Jana Schulze.

zu 2.1 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.06.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Bestätigung der Niederschrift vom 21.06.2011

Frau Dr. Herzel bittet um Abstimmung über die Niederschrift.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 3

Der Niederschrift wird zugestimmt.

Bestätigung der Tagesordnung:

Frau Schulze informiert, dass die Verwaltung um Vertagung der Drucksache 11/SVV/0426 „Vergabe von Grundstücken“ bittet, da im nicht öffentlichen Teil der StVV am 28.09.2011 eine entsprechende Beschlussvorlage der Verwaltung dazu vorgelegt wird. Beide Drucksachen sollten dann im Zusammenhang beraten werden.

Da es keine weiteren Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge gibt, bittet Frau Schulze um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Der so geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 3 **Informationen der Verwaltung**

Sachstand Bildungs- und Teilhabepaket

Frau Latacz-Blume (FB Soziales, Gesundheit und Umwelt) informiert, dass das Bildungs- und Teilhabepaket gut angenommen wird. Mit einer Quote von 52,8 % ist dies bundesweit ein zufriedenstellendes Ergebnis.

Bisher sind 2.746 Anträge auf 5.786 Leistungen eingegangen. Insgesamt wurden bereits 391.694,85 Euro zur Zahlung angewiesen.

34 Anträge wurden abgelehnt. Es sind 5 Widersprüche eingegangen, von denen 2 noch in Bearbeitung sind und 3 Fällen abgeholfen wurde.

Die Auflistung der Verteilung der BuT-Leistungsarten nach Antragslage wird als Anlage zum Protokoll ausgereicht.

Potsdamer Tafel

Frau Latacz-Blume teilt mit, dass die Verwaltung durch die Presse erfahren hat, dass der Investor entgegen den ursprünglichen Planungen nunmehr den Abriss der ehemaligen Kaufhalle am Schlaatz plant und danach in dem entstehenden Neubau eine Lebensmittelkette unterbringen möchte.

Daraufhin hat die Verwaltung den Investor angeschrieben und um kurzfristige Informationen gebeten.

Frau Latacz-Blume informiert, dass somit der Zeitplan für die Realisierung des Projektes „Ausgabestelle Schlaatz“ in Gefahr ist. Sie sagt zu, dass die Verwaltung auch weiterhin an der Umsetzung des Projektes arbeitet.

Frau Busch berichtet, dass sie sich bereits per E-Mail an den Investor gewandt hat und eine Antwort erwartet. Sie sagt zu, diese der Verwaltung zukommen zu lassen.

Frau Schulze bittet darum, dass auch weiterhin im Ausschuss für Gesundheit und Soziales über den Stand berichtet wird.

Trägerversammlung JLP

Frau Müller-Preinesberger informiert über die Trägerversammlung des Jobcenters der Landeshauptstadt Potsdam (JLP) vom 25.08.2011. Sie teilt mit, dass gemäß zentraler Vorgaben des Bundes der Beschäftigungszuschnitt nur noch 5 % des Gesamtbudgets beträgt und somit erheblich verringert wurde. Dies soll auch im Ausschuss für Soziales, Jugend und Familie des Deutschen Städtetages behandelt werden.

Frau Basekow berichtet, dass es dazu eine bundesweite Petition geben wird.

Behindertenberatungsstelle

Frau Latacz-Blume informiert, dass die Behindertenberatungsstelle ab dem 04.10.2011 wieder besetzt ist.

zu 4 Berichte aus den Beiräten

Herr Häschel informiert, dass in der letzten Sitzung des Behindertenbeirates der Stadt des Teilhabeplanes beraten wurde. Ein weiteres Thema waren die neuen Stadler-Bahnen des ViP sowie die Zusage, dass bis 2018 der ÖPNV barrierefrei gestaltet ein soll.

Des Weiteren wurde die Situation bezüglich des Radweges in der Rudolf-Breitscheid-Straße beraten, da hier bereits mehrfach Behinderte von Radfahrern beschimpft und auch teilweise genötigt wurden.

Frau Schulze bittet die Ausschussmitglieder, in ihren Fraktionen darauf hinzuwirken, dass Vertreter in die Arbeitsgruppen zum Teilhabeplan entsendet werden.

Herr Häschel merkt an, dass die Politik schon recht gut in den Arbeitsgruppen vertreten ist.

Frau Dr. Lotz weist auf die derzeit schwierige Situation für Radfahrer und Fußgänger vor dem Oberlinhaus hin.

Herr Häschel macht darauf aufmerksam, dass dies aufgrund der Baustellensituation dort schwierig ist.

Frau Müller-Preinesberger sagt zu, sich diesbezüglich mit der Straßenverkehrsbehörde in Verbindung zu setzen.

Migrantenbeirat

Frau Grasnick weist auf die Interkulturelle Woche hin, die durch den Migrantenbeirat begleitet wird.

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1 Koordinierungsstelle für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen

Vorlage: 11/SVV/0404

Fraktion SPD

Herr Dr. Otto bringt den Antrag ein und begründet diesen. Er weist darauf hin, dass der Finanzausschuss und der Jugendhilfeausschuss den Antrag beraten und zum Beschluss durch die Stadtverordnetenversammlung empfohlen haben.

Frau Müller-Preinesberger betont, dass die Verwaltung anstrebt, insbesondere für Familien mit Kindern mit einer Behinderung die Situation zu verbessern. Der vorliegende Antrag soll klare Strukturen und Bürgernähe bringen. Sie bittet, den Termin für die Arbeitsaufnahme der Koordinierungsstelle auf das 2. Halbjahr 2012 zu ändern.

Frau Basekow fragt, an welchen Bereich die Koordinierungsstelle angebunden werden soll und ob es zusätzliches Personal geben wird.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass die Anbindung der Koordinierungsstelle durch eine Analyse festgestellt werden soll. Derzeit kann noch keine Aussage darüber getroffen werden, wo die Stelle angebunden wird. Es soll eine Servicestelle analog dem Bürgerservice sein.

Des Weiteren fragt Frau Basekow, ob hier auch das Schulverwaltungsamt einbezogen wird.

Die wird von Frau Müller-Preinesberger bejaht. Es sollen Kita, Horte und Schule eingebunden werden. Aus diesem Grund wird etwas mehr Zeit benötigt.

Herr Karl erinnert daran, dass bereits mit der DS 09/SVV/0713 „Fallmanager für Behinderte“ beauftragt wurde zu prüfen, wie eine derartige Anlaufstelle geschaffen werden kann. Hierzu sollte im Ausschuss für Soziales und Gesundheit regelmäßig berichtet werden.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass dies auch erfolgt ist. Der hier vorliegende Antrag ist weitergehend und soll auch im Sinne der Inklusion weitergeführt werden.

Auf die Frage von Frau Dencker, ob bereits an der Analyse gearbeitet wird, antwortet Frau Müller-Preinesberger, dass die Schnittstellenanalyse bereits in Arbeit

ist. Es soll eine neue Ausrichtung innerhalb einer Verwaltungsstruktur geben. Auch muss geprüft werden, was der Bürger benötigt und wie die Verwaltung darauf reagieren muss.

Anschließend fragt Frau Dencker, wie groß die Gruppe der Behinderten ist.

Frau Latacz-Blume informiert, dass derzeit ca. 500 Kinder Leistungen in Höhe von insgesamt ca. 3,7 Mio. Euro jährlich erhalten.

Frau Dencker bittet um eine Zwischeninformation über die Umsetzung des Antrages im Ausschuss für Gesundheit und Soziales.

Frau Müller-Preinesberger sagt zu, in zweimonatigem Rhythmus bzw. bei Veränderungen den Ausschuss zu informieren.

Die Nachfrage von Herrn Cornelius, ob die Behindertenberatungsstelle dann in die Koordinierungsstelle integriert wird, wird durch Frau Müller-Preinesberger bejaht.

Frau Schulze schlägt vor, den **Antrag wie folgt zu ergänzen:**

„Dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales ist im März 2012 ein Zwischenbericht zu geben.“

Herr Dr. Otto übernimmt die Ergänzung.

Herr Häschel begrüßt das Vorhaben, da dies auch dem Wunsch der Eltern von Kindern mit einer Behinderung entspricht. Er weist darauf hin, dass der höchste Anteil an Menschen mit einer Behinderung die älteren Menschen betrifft.

Frau Müller-Preinesberger betont, dass dies auch so im Fokus der Verwaltung liegt.

Frau Schulze bittet darum, dass ein Termin für die Aufnahme der Arbeit der Koordinierungsstelle festgelegt wird.

Frau Müller-Preinesberger schlägt vor, „bis zur letzten StVV vor der Sommerpause 2012“ als Termin einzusetzen.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich auf „Juni 2012“.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über den so geänderten Antrag.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle **zunächst** für Kinder und Jugendliche mit Behinderung zu treffen. Die Koordinierungsstelle nimmt ihre Arbeit zum **Juni 2012** auf. Die Koordinierungsstelle sichert, dass zukünftig Angehörige und Betreuer von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung im Bereich der Stadtverwaltung einen umfänglichen Service aus einer Hand erhalten. Die Koordinierungsstelle realisiert neben der ordnungsgemäßen Durchführung aller im Interesse und des Wohles des Kindes erforderlichen behördlichen Maßnahmen die Beratung zur Inanspruchnahme der dafür zur Verfügung stehenden gesetzlichen Leistungen und freiwilligen Angebote durch öffentliche Stellen und sonstige Träger. Der Personal-, Organisations- und Qualifizierungsbedarf ~~wird verwaltungsintern gedeckt~~ **ist gesondert darzustellen.**

Dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales ist im März 2012 ein Zwischenbericht zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 5.2 Vergabe von Grundstücken

Vorlage: 11/SVV/0426

Fraktion DIE LINKE
mit Änderungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen

Die Drucksache wird vertagt.

zu 5.3 Tätigkeitsbericht der kommunalen Stiftung "Stiftung Altenhilfe Potsdam" für das Jahr 2010

Vorlage: 11/SVV/0591

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Frau Müller-Preinesberger bringt die Beschlussvorlage ein und weist in diesem Zusammenhang auf das Lauffest zugunsten der Stiftung Altenhilfe hin, dass am 02.09.2011 im Stadion Luftschiffhafen stattgefunden hat. Insgesamt wurden im Rahmen des Lauffestes 26.757,66 Euro eingenommen. Es wurden 36.442 Runden durch insgesamt 2.570 Läufer absolviert.

Frau Schulze verweist auf die Anlage des Stiftungsvermögens und fragt, warum ein Wechsel der Bankverbindung erfolgt ist.

Daraufhin erklärt Frau Müller-Preinesberger, dass hier die Bindung ausgelaufen ist. Durch den Finanzbereich wird ständig die günstigste Möglichkeit geprüft, Zinsen zu erhalten.

Des Weiteren fragt Frau Schulze, bei der Übernahme der Betriebskostennachzahlung im Punkt 2 „Zuwendungen 2010“ die gesamte Summe übernommen wurde, oder ein Teilbetrag.

Frau Müller-Preinesberger sagt zu, diese Information nachzureichen, da sie die Frage nicht sofort beantworten kann.

Frau Dencker macht darauf aufmerksam, dass relativ wenige Anträge auf Zuwendung eingehen, da die Stiftung offensichtlich nicht bekannt genug ist. Sie bittet die anwesenden Pressevertreter für die Stiftung zu werben und dafür, dass Anträge auf Zuwendung gestellt werden. Abschließend dankt sie der Verwaltung für die gute Vorbereitung der Kuratoriumssitzungen.

Herr Jutzi spricht dem Kuratorium der Stiftung seinen Dank für die Unterstützung der Weihnachtsfeier für bedürftige aus. Er macht darauf aufmerksam, dass auch die Volkssolidarität immer zum Lauffest gespendet hat.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

Frau Dencker erklärt sich für befangen und nimmt **nicht** an der Abstimmung teil.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister und das Kuratorium der kommunalen Stiftung „Stiftung Altenhilfe Potsdam“ werden auf der Grundlage des Tätigkeitsberichtes der kommunalen Stiftung „Stiftung Altenhilfe Potsdam“ für 2010 entlastet.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

**zu 5.4 Einsatzstellen zur Realisierung des Bundesprogramms Bürgerarbeit sowie Bereitstellung finanzieller Mittel zur Finanzierung einer Trägeraufwands-
pauschale**

Vorlage: 11/SVV/0606

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Frau Müller-Preinesberger bringt die Beschlussvorlage ein und gibt Erläuterungen.

Herr Dr. Otto fragt, ob die Gefahr besteht, dass damit reguläre Arbeitsplätze verdrängt werden.

Herr Bindheim (Jobcenter) verneint die, da es eine enge Kontrolle durch die Kammern und das Bundesverwaltungsamt Köln gibt.

Frau Schulze fragt, welche konkreten Einsatzstellen hier angedacht sind und ob die sozialpädagogische Betreuung sichergestellt werden kann.

Daraufhin erklärt Frau Latacz-Blume, dass die sozialpädagogische Betreuung sichergestellt wird. Eine Interessenbekundungsabfrage hat 95 Einsatzstellen ergeben, davon z.B. 55 Stellen im Bereich Grünflächen. Es gibt aber auch Einsatzstellen in den Bereichen Friedhöfe, Bibliothek, Soziales, Kommunaler Immobilienservice sowie Kultur und Museum.

Herr Bindheim macht deutlich, dass es Ziel ist, so viele Menschen wie möglich in Arbeit zu bringen. Er betont, dass nicht die Teilnehmer, sondern die Arbeitsplätze finanziert werden.

Frau Müller-Preinesberger ergänzt, dass vorrangiges Ziel ist, die Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen. Dies kann auch bedeuten, einen Menschen drei Jahre lang versicherungspflichtig zu beschäftigen, was dann positive Auswirkungen auf eine spätere Rente hat.

Herr Bindheim weist darauf hin, dass eine Person nur zwei Jahre auf einem Arbeitsplatz sein kann.

Frau Dr. Herzel macht deutlich, dass das Programm aus ihrer Sicht nicht das eigentliche Problem löst.

Frau Müller-Preinesberger macht darauf aufmerksam, dass es sich hier um ein Bundesprogramm handelt, das die Landeshauptstadt Potsdam nutzt.

Herr Bindheim informiert bereits 104 von 300 Anträgen beim Bundesverwaltungsamt zur Entscheidung vorliegen. 85 Anträge sind bereits bewilligt.

Er weist darauf hin, dass bis zum 31.12.2011 noch Anträge bei Ihm eingereicht werden können.

Herr Besancon verweist auf den Arbeitgeberbruttobetrag in Höhe von 1.080 Euro und fragt nach der Höhe des Arbeitnehmerbruttobetrag.

Daraufhin erklärt Herr Binheim, dass das Arbeitnehmerbrutto 900 Euro beträgt. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass bereits mehrere Arbeitgeber diesen Betrag von sich aus aufstocken.

Frau Dencker spricht sich für die Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam an dem Bundesprogramm aus.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen des Bundesförderungsprogramms „Bürgerarbeit“ bis zu 100 zusätzliche Einsatzstellen innerhalb der Stadtverwaltung Potsdam bis 2014 zur Verfügung zu stellen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Realisierung des Programms mit geeigneten Arbeitsförderträgern die notwendigen Verträge zu schließen. Die insgesamt zu zahlende Trägersaufwandspauschale darf 120.000 Euro/ Jahr nicht überschreiten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 0

Stimmhaltung: 3

Somit ist die Drucksache zum Beschluss empfohlen.

zu 5.5 Sitzungskalender 2012

Vorlage: 11/SVV/0571

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV

Frau Schulze schlägt vor, vorsorglich für den 12. Juni 2012 eine Ausschusssitzung einzuplanen.

Frau Dencker spricht sich dafür aus, diese Sitzung unter Vorbehalt in die Planung aufzunehmen. Wenn zu diesem Zeitpunkt die Durchführung einer Ausschusssitzung nicht erforderlich ist, kann diese dann möglicherweise auch abgesagt werden.

Sitzungstermine Ausschuss für Gesundheit und Soziales 2012:

Dienstag, 17. Januar 2012

Dienstag, 14. Februar 2012

Dienstag, 20. März 2012

Dienstag, 24. April 2012

Dienstag, 15. Mai 2012

neu: Dienstag, 12. Juni 2012

Juli – Sommerpause

Dienstag, 07. August 2012

Dienstag, 11. September 2012

Dienstag, 23. Oktober 2012

Dienstag, 27. November 2012

Dienstag, 18. Dezember 2012

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die so geänderten Sitzungstermine für den Ausschuss für Gesundheit und Soziales.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Sitzungskalender 2012 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse.

+ Ergänzung

Aufnahme einer Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 12.06.2012.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmhaltung: 0

Somit wird der Sitzungskalender 2012 für den Ausschuss für Gesundheit und Soziales zum Beschluss durch die StVV empfohlen.

zu 6 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

Frau Schulze informiert die Ausschussmitglieder, dass in einer Beratung des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung mit den Ausschussvorsitzenden festgelegt wurde, dass zukünftig alle Drucksachen die länger in Ausschüssen zurückgestellt wurden, nach drei Sitzungen der StVV dort in die Tagesordnung aufgenommen werden und über das weitere Verfahren entschieden wird.

Des Weiteren weist sie darauf hin, dass aufgrund der Erweiterung der Zahl der Ausschussmitglieder und damit der Änderung der Besetzung des Ausschusses in der nächsten Sitzung die Wahl der/des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden erforderlich ist.

Da sie selbst urlaubsbedingt nicht an der Sitzung teilnehmen kann, muss die Sitzung durch das an Lebensjahren älteste Mitglied aus den Reihen der Stadtverordneten die Sitzung eröffnen und die Wahl durchführen.

Danach wird die Sitzungsleitung durch den stellvertretenden Ausschussenden/die stellvertretende Ausschussvorsitzende übernommen.

Abschließend informiert Frau Schulze, dass das Auswahlgremium zur Förderung sozial- und gesundheitsfürsorglicher Angebote bisher einmal getagt hat. Die vorliegenden Anträge wurden gesichtet, eine Entscheidung ist noch nicht getroffen worden.

**Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales: 25. Oktober 2011,
18:00 Uhr**

Nicht öffentlicher Teil

zu 7 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.06.2011

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die nicht öffentliche Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die nicht öffentliche Niederschrift vom 21.06.2011.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 4

Der nicht öffentlichen Niederschrift wird somit zugestimmt.

Jana Schulze
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin